



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Menenius: Weltspiegel

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Weltspiegel

Frankreich und die Rheinlande. Die Verordnungen der interalliierten Kommission für die Rheinlande haben den Pressestimmen nach zu urteilen in weiten Kreisen des deutschen Volkes neben Bestürzung auch Überraschung hervorgerufen. Letztere mindestens wäre unmöglich gewesen, hätte der Deutsche wenigstens im Unglück den Willen zu klarem politischem Denken bewiesen. Aber ich fürchte sehr, der deutsche Spieker bildet sich allen Ernstes ein, daß keine Gefahr vorhanden sei, da doch der Friedensvertrag — man ist glücklich, es schwarz auf weiß zu besitzen — die Raumdung des Rheinlandes binnen fünfzehn Jahren und zwar nach je fünf Jahren in drei Etappen vorsähe. Er vergißt dabei nur die Kleinigkeit, daß Frankreich an die Einhaltung dieser Abmachung nur gebunden ist, wenn Deutschland den Friedensvertrag restlos erfüllt. Da dieses aber aller Voraussicht nach nicht möglich sein wird und auch ganz geringe formale Verstöße den Franzosen Vorwände zur Nichteinhaltung geben werden — gerade die Verordnungen liefern ja eine Probe, in welcher Weise Frankreich sich an Abmachungen zu halten gedenkt — so ist gar nicht daran zu denken, daß Frankreich das linke Rheinufer anders als unter dem Zwang einer außenpolitischen Notwendigkeit, die etwa von England kommen könnte, je wieder räumen wird. In den Grenzboten ist im Laufe des vergangenen Jahres mehrmals auf die Gefahr hingewiesen worden, daß wir das Rheinland, mindestens das gesamte linke Rheinufer verlieren. Das ist kein chauvinistisches Schreckgespenst, kein bloßer Vorwand um nationale Leidenschaften aufzureizen, sondern geht unwiderleglich nicht nur aus den oben erwähnten und durch die Tagespresse allgemein bekannt gewordenen unerhörten Verordnungen, sondern auch aus der Haltung der französischen Presse, und dem ganzen Tun und Treiben der Franzosen im Rheinland hervor. Bereits im Mai wiesen die „Daily News“ darauf hin, daß der Friedensvertrag ganz bewußt darauf angelegt wäre, damit die Deutschen ihn nicht durchführen könnten. „Es ist jetzt schon keine Aussicht mehr“, schrieb das Blatt wörtlich, „daß Köln und das linke Rheinufer wieder an Deutschland fällt“.

Natürlich denkt niemand in Frankreich an „Annektionen“ („Die deutsche Sprat ist eine plump' Sprat!“). „Frankreich“ erklärte Herr Tirard (und welches Glück für einen Deutschen, wenn Herr Tirard so etwas erklärt hat!) „Frankreich will nicht, daß über die Völker verfügt werde entgegen ihren Wünschen.“ Aber man wird es eben der rheinischen Bevölkerung nötigenfalls mit der berühmten, dem General Dyautey in Marokko nachgesagten „eisernen Hand im Sammethandschuh“ schon beibringen, daß sie sich nach fünfzehn Jahren, innerhalb derer eine zielbewußte Propagandatätigkeit viel ausrichten kann, für den Anschluß an Frankreich, zum mindesten aber, wozu ja jetzt schon genügend deutliche Ansätze vorliegen, für eine Neutralisierung, die berühmte Pufferstaatlösung ausspricht. Herr Tirard hat es ja sogar für notwendig gehalten, die deutschen Schulen zu überwachen.

Zunächst zeigt sich nach dem Fehlschlag der Dortenschen Republik und der ähnlichen Bewegung in der Pfalz und in Birkenfeld die eiserne Hand in dem gewaltsamen Niederhalten jeder deutschen Gefinnung und möglicher Ausschaltung jedes Zusammenhangs mit dem Reich. Deutsche Beamte, wie die Oberbürgermeister von Mainz und Saarbrücken sind ihrer deutschen Gefinnung wegen abgesetzt worden. Im Bezirk Wiesbaden wurde jede neue Eidesleistung deutscher Beamten verboten. Reichsdeutsche Zeitschriften, wie „Alabberadatsch“, „Simplissimus“, „Jugend“, aber auch die Grenzboten sind verboten. In welcher Weise die Pressefreiheit sonst gewahrt wird, geht aus den von der französischen Militärbehörde am 20. August 1919 erlassenen Richtlinien hervor. Verboten ist danach jede „verletzende oder grobe“ Kritik der Friedens- oder Waffenstillstandsbedingungen, einzig die offiziellen Proteste der deutschen Regierung können in dieser Hinsicht mit einer gewissen Toleranz behandelt werden. Verboten sind ferner jede übelwollende Campagne gegen die Akte der alliierten Behörden im besetzten Gebiete,

jede Anspielung auf Unstimmigkeiten zwischen den verbündeten Mächten, jede Veröffentlichung, die versucht, an eine Einmischung der Alliierten in die innere Politik der rheinischen Länder glauben zu machen. Privatpersonen ist es verboten, politische Zeitungen des unbefetzten Deutschlands direkt zu beziehen. Ein Exemplar aller Bücher, Broschüren usw., welche durch die Buchhändler verkauft werden, muß zunächst vorgelegt werden. Einen ähnlichen Geist atmen auch die Bestimmungen über die Versammlungen, wenn sie auch dadurch eine mildere Fassung bekommen, daß in ihnen nur das wenige aufgezählt wird, was erlaubt und nicht das viele, was verboten ist. Verboten ist neuerdings jede Kundgebung, jeder offizielle Empfang, jede Bahnhofsf-decoration zum Empfang der heimkehrenden deutschen Kriegsgefangenen. Von den empörenden Bestimmungen über die Ehrenbezeugungen der Zivilpersonen gegenüber den Offizieren der alliierten Armeen, die bei jeder Gelegenheit und an jedem Orte erwiesen werden müssen, hat bereits die Tagespresse Kenntnis genommen. Man macht sich jedoch im unbefetzten Deutschland kaum eine Vorstellung davon, was diese Vorschrift für das Empfinden der Rheinländer bedeutet. Gewiß hat, wie Übergewissenhaften gegenüber zugegeben sei, auch für vereinzelte Orte Frankreichs eine derartige Verfügung während der deutschen Besetzung bestanden, doch dürfte es auch für die Fanatiker internationaler Gerechtigkeit immerhin einen kleinen Unterschied ausmachen, ob eine derartige Verfügung mitten im Kriege oder im Frieden getroffen wird. Natürlich bleibt es nicht bei derartigen politischen und Polizeimaßnahmen, auch wirtschaftspolitisch sind genau dieselben Tendenzen zu bemerken. Nach dem „Exporteur français“ ist für die Rheinlande eine französische Handelskammer mit dem Sitz in Paris und dem Sekretariat in Mainz vorgesehen, die mit den französischen Ministerien und den rheinischen Behörden unmittelbar verkehren soll. Die Abschlüsse linksrheinischer Fabriken mit rechtsrheinischen werden so erschwert, daß sie kaum erfüllt werden können. Die Entente will nichts weniger erreichen, als eine Orientierung und Umstellung des ganzen rheinischen Wirtschaftslebens nach Westen und es ist in diesem Zusammenhang nur allzu bedeutsam, daß der Oberkommissar der französischen Republik für die Rheinprovinzen, der zugleich den Vorsitz in der interalliierten Rheinkommission führt, seine Instruktionen direkt von dem französischen Minister des Auswärtigen erhält und mit diesem in direktem Schriftwechsel steht. „Außer der Ausschaltung des Reichskommissars in Koblenz“, hat Maurice Barrès im Oktober in der französischen Kammer erklärt, „verlangen wir, daß alle Maßregeln getroffen werden, um die Rheinlande noch enger an Frankreich zu binden (associer) durch den Handel, durch Verkehrswege, durch Tarifordnungen, durch die Programme für öffentliche Arbeiten, hauptsächlich durch die Mosel- und Saartanalisation, durch Bankinstitute und Angleichung der sozialen und Arbeitergesetzgebung. Für all diese Dinge könnten in kürzester Frist gemischte Ausschüsse aus Rheinländern und Franzosen gebildet werden: Wir hoffen, daß diese Auffassung des Friedens bei den Rhein- deutschen und selbst in ganz Deutschland auf beiden Seiten die wünschenswerte Entspannung herbeiführen wird.“ Dabei muß man immer berücksichtigen, daß diese sanfteren Töne erst gespielt wurden, nachdem das Dörten-Unternehmen (das auch jetzt noch immer nicht unterschätzt werden sollte) nicht die erwartete Begeisterung ausgelöst hatte.

Inzwischen ist natürlich auch der Sammethandschuh an der Arbeit. Die in Mainz erscheinende gut aufgemachte illustrierte Zeitung „Le Rhin illustré“, sowie die Tageszeitung „Le Rhin français“, die Errichtung eines französischen Gymnasiums in Mainz braucht man dabei weniger tragisch zu nehmen. Interessanter ist schon, daß man mit allerlei Mitteln die Propaganda für deutsche Greuel und deutsche Schuld am Kriege unterstützt, — das Buch *J'accuse* zum Beispiel findet eifrige Verbreitung —, und daß allerlei Aufklärungsschriften über Frankreich und französische Politik — genannt sei nur eine geschichtliche Broschüre über Saarbrückens Vergangenheit, die angeblich von einem Prof. Dr. Wiese verfaßt, aber in Paris gedruckt ist, — verbreitet werden. Wer einen Paß haben

will, bekommt einen Abzug der großen Rede von Barrès über französische Rheinlandpolitik mit in die Hand gedrückt. In Mainz halten französische Professoren in deutscher Sprache unter dem harmlosen Titel „Streifzüge durch die französische Kultur“ unentgeltliche öffentliche Vorträge, wobei auch nicht versäumt wird, die Sozialisten zu interessieren. Gefährlicher ist natürlich die Propaganda durch Deutsche selbst, von der der Direktor des französischen Propagandabüros kürzlich auf einem Bankett selbst erklärt hat, daß sie als die wirksamste auch die nachhaltigste Förderung verdiene. Zugrunde liegt all dieser Propaganda die von gewissen französischen Chauvinisten allen Ernstes vertretene Ansicht, daß die Rheinländer im Grunde gar nicht Deutsche, sondern Kelten seien und das preukische Joch von jeher mit Widerwillen getragen hätten. Jede Selbstständigkeitsregung, jede oppositionelle Äußerung wird in diesem Sinne ausgebeutet. Sehr bezeichnend hierfür ist der Leitartikel des „Tamps“ vom 23. Oktober, der einen rheinischen Landtag forderte. Alle durch den Sieg Frankreichs befreiten Länder hätten die Erlaubnis erhalten, eine Versammlung zu wählen mit dem besonderen Auftrag, diese Freiheit zu schützen. Nur das Rheinland nicht. Sogar der sozialistische Abgeordnete Albert Thomas hat in der Kammerdebatte über den Friedensvertrag die Neutralisierung des linken Rheinufers gefordert und eine Propaganda im Rheinland gegen die preukische Vorherrschaft befürwortet.

Wie sehr alle Sonderbündelei Wasser auf Frankreichs und der Entente Mühle ist, geht nicht nur aus einer Äußerung der „Nation Belge“ vom 14. Oktober hervor; die die Unterstützung der rheinischen Autonomiebestrebungen „eines der wenigen Mittel“ nennt, „die uns zur Verbesserung (!) des Versailler Friedensvertrages zur Verfügung stehen“, sondern unter anderen auch aus einem kürzlich erschienenen Artikel des „Eclair“, der feststellte, daß die Veröffentlichung der Rautsky-Dokumente der Treue der Rheinländer den härtesten Schlag beigebracht habe und dann wörtlich fortfuhr: „Das gibt uns ein Aktionsmittel an die Hand, das wir ausnützen müssen. Die Wiederersterkung des deutschen Partikularismus würde wirklich der schönste Teil unseres Sieges sein. Noch ist es nicht zu spät, sie zu unterstützen.“ Sapiienti sat!

Menenius



Wirtschafts Spiegel

Rubelgeschäfte in Deutschland. Nicht erst seit dem deutlicheren Hervortreten der Zusammenhänge zwischen dem nach Westen rollenden Rubel und den Fortschritten des Bolschewismus in Mitteleuropa, sondern seit dem Tage schon, an dem auf einem großen Berliner Durchgangsbahnhofe eine „Kurier“-Kiste zerbrach und ihren geistigen Inhalt vorzeitig preisgab, wird seitens berufener Beobachter darauf hingewiesen, daß eines der gefährlichsten und geschicktest angewandten Propagandamittel der großen Ostgefahr der Rubelimport nach Deutschland ist. Als ich vor einem Jahre ein Mitglied der englischen Militärmission in Berlin auf diese Tatsache aufmerksam machte, gab er nur sie nach Paris weiter und dürfte mit eingehend unterlegtem Material erreicht haben, daß England in seinem größten Gefahrland Indien die Ruhanwendung zog: Nach Indien ist die Rubeleinfuhr bei schwerer Strafe verboten. Das gleiche Verbot in Deutschland zu erreichen, hat schwere Kämpfe bei den beteiligten Behörden, sorgenvolle Gegenvorstellungen bei den Banken ausgelöst. Immerhin: die Rubel-einfuhr, Durchfuhr und Ausfuhr unterliegt im Gebiet des Deutschen Reiches der Genehmigung der Reichsbank. Alle drei Akte, insbesondere die Einfuhr von der „Zustimmung“ der Reichsbank (das heißt in juristisch-technischem Sinne gesprochen, von der vorherigen Einwilligung) abhängig zu machen, wäre zweifellos wirksamer gewesen, war aber praktisch angesichts einer tatsächlich so gut wie fehlenden